

1529

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Bestimmung der zuständigen Wasserbehörde für die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Breidenbach/Ortsteile Achenbach und Kleingladenbach im Landkreis Marburg-Biedenkopf

Hiermit bestimme ich gemäß § 91 Abs. 3 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. S. 69, 177), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 109), den Regierungspräsidenten in Kassel zur zuständigen Wasserbehörde zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Breidenbach/

Ortsteile Achenbach und Kleingladenbach im Landkreis Marburg-Biedenkopf auch insoweit, als die Schutzzonen des Wasserschutzgebietes in die Gemarkung Roth der Gemeinde Eschenburg im Lahn-Dill-Kreis in den Regierungsbezirk Darmstadt hineinragen.

Wiesbaden, 29. 11. 1978

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**
IC 2 — 79 b 06.15 — 1684/78
StAnz. 51/1978 S. 2553

1530

KASSEL

Bezirksdirektionen für Forsten und Naturschutz

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Dörnberg“ vom 24. November 1978

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. I S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 106), wird mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

(1) Das Naturschutzgebiet „Dörnberg“ besteht aus den um das Segelfluggelände im Bereich der Höhe 476,5 gelegenen Nordwest-, Nord-, Südwest- und Südhängen des Dörnbergmassivs. Es erstreckt sich von der Landstraße Zierenberg-Jugendhof bis zum Blumenstein und umfaßt die darin gelegenen zum Teil bewaldeten und verbuschten Flächen und teilweise extensiv genutzten Halbtrockenrasenflächen. Seine Größe beträgt ca. 110 ha.

(2) Das Naturschutzgebiet umfaßt folgende Grundstücke: Gemarkung Zierenberg, Flur 8, Flurstücke 1/1, 3 und 4 sowie die südliche und westliche Teilfläche des Flurstückes 1/39, soweit diese außerhalb des Weidegeländes liegen. Die Grenze des Naturschutzgebietes beginnt im Nordwesten dort, wo die Straße zum Jugendhof (K 97) von der Straße Zierenberg-Ehrsten (L 3214) abzweigt. Sie verläuft von hier aus in südwestlicher Richtung entlang dem Südwestrand der K 97 bis dorthin, wo der zur Abgrenzung des Segelfluggeländes bestehende Zaun mit Betonpfosten, der amtlich eingemessen wird, beginnt. Sie folgt dem Zaun in südwestlicher und dann in östlicher Richtung bis zum Auftreffen auf den „Alpenpfad“, weiter dem „Alpenpfad“ folgend in östlicher und dann südlicher Richtung bis zum Kreuzungspunkt mit dem bereits beschriebenen Zaun nordwestlich der Wichelkirche. Von dort aus folgt die Grenze der einwandfrei im Gelände zu erkennenden Böschungsoberkante ca. 400 m in östlicher Richtung bis zum Wiederauftreffen auf den Zaun mit Betonpfosten. Sie folgt dem Zaun in westlicher Richtung bis zum Auftreffen auf die Flurgrenze zwischen den Fluren 8 und 9 und dann entlang dieser Linie bis zum Ausgangspunkt.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in Karten im Maßstab 1 : 25 000 und 1 : 4000 rot eingetragen.

(4) Diese Verordnung und die in Abs. 3 genannten Karten sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel — Höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, beim Kreisausschuß des Landkreises Kassel — Untere Naturschutzbehörde — in Wolfhagen und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in

Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(5) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

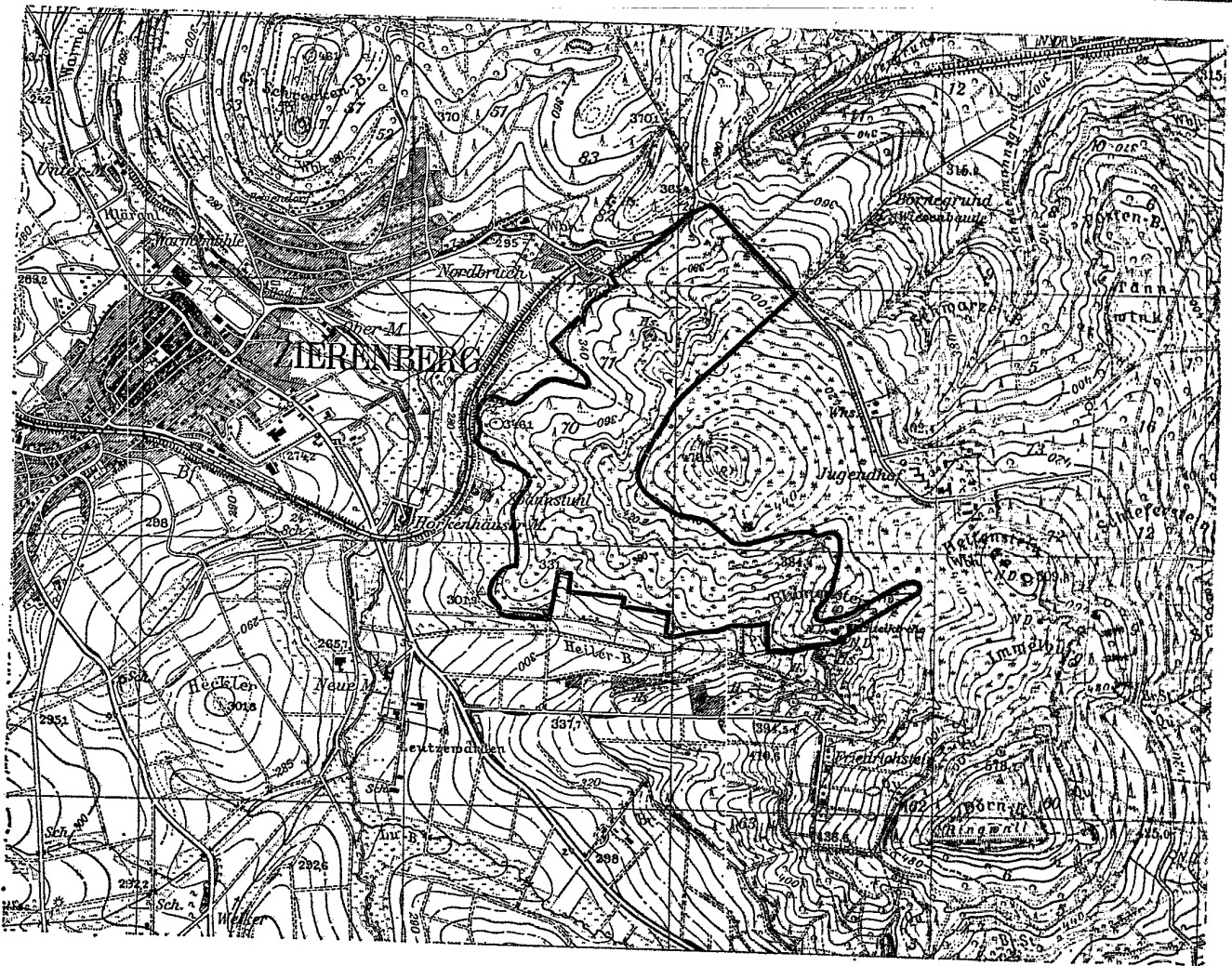
§ 3

- (1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).
- (2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:
 1. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
 2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu belästigen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
 3. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
 4. zu fahren, zu reiten, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
 5. Modellflugzeuge einzusetzen;
 6. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;
 7. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;
 8. Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes vom 6. Juli 1960 (GVBl. I S. 69, 79), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 109), zu beeinträchtigen;
 9. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Fahrzeugwracks abzustellen oder das Gelände sonst zu verunreinigen;
 10. Fahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
 11. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung zu errichten, zu erweitern oder zu verändern, auch wenn dies keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedarf;
 12. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten, zu erweitern oder zu verändern;
 13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
 14. Biozide anzuwenden oder zu düngen;
 15. Hunde frei laufen zu lassen.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art, ohne Nutzungsumwandlung von Wiesen oder Weiden, mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 14 genannten Einschränkungen;
2. die forstwirtschaftliche Nutzung, soweit das Schutzziel hierdurch nicht beeinträchtigt wird;
3. die Ausübung der Jagd;



4. die Unterhaltung bestehender und mit Zustimmung der Höheren Naturschutzbehörde die Schaffung neuer Erholungseinrichtungen;
5. die Nutzung des Grillplatzes im Norden des Flurstückes 1/39;
6. der Personen- und Güterverkehr der Grundeigentümer oder sonst Berechtigten auf den vorhandenen Wegen;
7. die Nutzung des Flurstückes 1/1 in der bisherigen Art und in dem bisherigen Umfang;
8. die von der Höheren Naturschutzbehörde angeordneten Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung.

§ 5

- (1) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Durchführung von Forschungsarbeiten, kann die Oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zulassen.
- (2) Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.
- (3) Die Ausnahmegenehmigung ist, soweit kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt, zu versagen, wenn trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.
- (4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

§ 6

- (1) Eigentümer und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhal-

tungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der Höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der Höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 7

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchst. b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchst. a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß dies nach § 4 zulässig ist,
 1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1);
 2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
 3. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);
 4. fährt, reitet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm oder Feuer anzündet oder unterhält (§ 3 Abs. 2 Nr. 4);
 5. Modellflugzeuge einsetzt (§ 3 Abs. 2 Nr. 5);
 6. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
 7. Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt in der in § 3 Abs. 2 Nr. 7 bezeichneten Art beeinflusst;
 8. Gewässer beeinträchtigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);

9. Abfälle einbringt, Fahrzeugwracks abstellt oder das Gelände sonst verunreinigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 9);
10. Fahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
11. bauliche Anlagen entgegen § 3 Abs. 2 Nr. 11 errichtet, erweitert oder verändert;
12. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet, erweitert oder verändert (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);
13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);
14. Biozide anwendet oder düngt (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);
15. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 15).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 6 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwal-

tungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 8

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 24. 11. 1978

**Bezirksdirektion
für Forsten und Naturschutz**
— Höhere Naturschutzbehörde —
gez. Dr. Ruppert
St.Anz. 51/1978 S. 2553

Personalmeldungen

1531

Es sind

B. im Bereich des Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei

ernannt:

zum **Leitenden Ministerialrat** Ministerialrat (BaL) Reinhard Scheele (29. 11. 1978);

Vertretung des Landes Hessen beim Bund

ernannt:

zum **Ministerialdirigenten** Leitender Ministerialrat (BaL) Hugo Berger (28. 11. 1978);

Statistisches Landesamt

ernannt:

zum **Inspektor z. A. (BaP)** Verwaltungsangestellter Michael Urban (20. 11. 1978).

Wiesbaden, 30. 11. 1978

**Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei**
I B 2 — 8 a

St.Anz. 51/1978 S. 2555

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Polizeiobererrat** Polizeirat (BaL) Gerhard Anhäuser (1. 10. 1978);

zum **Kriminalrat** Erster Kriminalhauptkommissar (BaL) Heinrich Wilhelm Hüfner (27. 10. 1978);

zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Fritz Mecklenburg, Siegfried Stiller (beide 10. 10. 1978);

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Rolf-Dietér Wüst (9. 10. 1978);

in den Ruhestand versetzt:

Kriminalhauptkommissar (BaL) Friedrich Kurt Fröhlich (31. 8. 1978);

Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum **Kriminaloberrat** Kriminalrat (BaL) Boto Kindermann (27. 10. 1978);

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Klaus Ernst Wenzel (10. 10. 1978);

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Karl Baum (10. 10. 1978);

Polizeipräsident in Darmstadt

versetzt:

zum Bundeskriminalamt Kriminalhauptkommissar (BaL) Werner Manfred Stritzke (1. 8. 1978);

Polizeipräsident in Frankfurt am Main

ernannt:

zum **Ersten Kriminalhauptkommissar** Kriminalhauptkommissar (BaL) Gerhard Damm (5. 10. 1978);

zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Paul Valentin Faber, Peter Albert Roßmar (beide 5. 10. 1978), Manfred Galow, Dieter August Stenel (beide 31. 10. 1978);

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Lothar Hermann Bastian, Herbert Reinhold Buchholz, Martin Andreas Kaufmann, Rolf Mai (sämtlich 6. 10. 1978), Otto Sebastian Gabenstatter, Günther Faust (beide 31. 10. 1978);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 Kriminalhauptkommissar (BaL) Knut Stroh (25. 10. 1978), Polizeihauptkommissar (BaL) Gerhard Klüber (31. 10. 1978);

versetzt:

zum Bundeskriminalamt Kriminalhauptkommissar (BaL) Siegfried Heintze (1. 10. 1978);

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptkommissar (BaL) Rudolf Adolf Arthur Wolf (30. 9. 1978);

Polizeipräsident in Kassel

ernannt:

zum **Ersten Kriminalhauptkommissar** Kriminalhauptkommissar (BaL) Friedhelm Hain (10. 10. 1978);

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Franz Gütgemann (31. 10. 1978);

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Werner Otto (30. 10. 1978);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 Kriminalhauptkommissar (BaL) Falk Kössinger (10. 10. 1978), die Polizeihauptkommissare (BaL) Gerhard Heinz Dworog, Klaus Kerschner (beide 10. 10. 1978);

Polizeipräsident in Lahn

ernannt:

zum **Kriminalrat** Kriminalhauptkommissar (BaL) Adolf Walter Schürg (27. 10. 1978);

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Dieter Schönau (5. 10. 1978);

zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Joachim Drozella (5. 10. 1978);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Hans-Jürgen Reitz (4. 10. 1978);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 Polizeihauptkommissar (BaL) Erich Albert Betz (4. 10. 1978);

- 12. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umbricht, deren Nutzung ändert oder Dränmaßnahmen durchführt (§ 3 Nr. 12);
- 13. düngt, Pflanzenschutzmittel anwendet, Stallmist lagert oder Freigärhaufen anlegt (§ 3 Nr. 13);
- 14. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Nr. 14);
- 15. gewerbliche Tätigkeiten ausübt (§ 3 Nr. 15).

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 11. Mai 1989

Regierungspräsidium Kassel
gez. Dr. Wilke
Regierungspräsident
StAnz. 23/1989 S. 1245

556

Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Kassel vom 12. Mai 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. März 1988 (GVBl. I S. 130), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (GVBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

(1) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete:

- „Kesselrain“ vom 25. September 1968 (StAnz. S. 1608),
- „Stallberg“ und „Morsberg“ vom 22. Mai 1973 (StAnz. S. 1219),
- „Oberbernhards Höhe“ vom 13. Juni 1977 (StAnz. S. 1489),
- „Thorengrund“ vom 5. Oktober 1973 (StAnz. S. 2162),
- „Warmberg-Osterberg“ vom 20. April 1976 (StAnz. S. 954),
- „Kelzer Teiche“ vom 14. April 1977 (StAnz. S. 1082),
- „Dörnberg“ vom 24. November 1978 (StAnz. S. 2553),
- „Wieragrund“ vom 11. Oktober 1978 (StAnz. S. 2172),
- „Auf dem Arensberg“ vom 5. Oktober 1973 (StAnz. S. 2164),
- „Katzenstein“ vom 2. Mai 1974 (StAnz. S. 1068),
- „Kleiner Mehlberg“ vom 2. Mai 1974 (StAnz. S. 1069),
- „Stausee von Affoldern“ vom 16. September 1975 (StAnz. S. 1945),
- „Vorsperre-Twisteltalsperre“ vom 26. Mai 1976 (StAnz. S. 1213),
- „Ederauen zwischen Bergheim und Wega“ und „Unter der Haardt“ vom 5. Mai 1977 (StAnz. S. 1202),
- „Hünseburg“ vom 29. August 1977 (StAnz. S. 1862),
- „Rudolfshagen“ vom 7. August 1978 (StAnz. S. 1760),
- „Jestädter Weinberg“ vom 3. Oktober 1978 (StAnz. S. 2170);

erhält § 5 folgende Fassung:

„§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete:

- „Himmelsberg“ vom 7. Juli 1980 (StAnz. S. 1338),
- „Moor bei Wehrda“ vom 19. September 1980 (StAnz. S. 1876),
- „Holzapetal“ vom 19. September 1980 (StAnz. S. 1874),
- „Sonderrain“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 1001),
- „Jägers Weinberg“ vom 23. Oktober 1979 (StAnz. S. 2160),
- „Paradies bei Gellershausen“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1340),
- „Freudenthal bei Witzenhausen“ vom 19. September 1980 (StAnz. S. 1871),
- „Hirzstein“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 1003),

erhält § 6 folgende Fassung:

„§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder der § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 12. Mai 1989

Regierungspräsidium Kassel
gez. Dr. Wilke
Regierungspräsident
StAnz. 23/1989 S. 1247

BUCHBESPRECHUNGEN

Deutsches Sporthandbuch. Organisation-Recht-Verwaltung. Von Willi Klein. 2. Aufl., Loseblattwerk, 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40. und 41. Erg.Liefg., Gesamtwerk 159,— DM. Deutscher Fachschriften-Verlag, Braun GmbH & Co. KG, 6200 Wiesbaden. ISBN 3-807-84000-1

Das Deutsche Sporthandbuch informiert alle diejenigen, die in Verbänden, Vereinen und in der öffentlichen Sportverwaltung tätig sind, über wesentliche Bereiche der Sportverwaltung, der Organisation der Verbände und Vereine, das Vereinsrecht, den Sportstättenbau, über Lehrerausbildung und Schulsport und viele andere wichtige Fragen.

Die 34. Ergänzungslieferung enthält neben anderen Informationen ausführliche Bestands- und Entwicklungsübersichten des Deutschen Sportbundes und das Zweite Aktionsprogramm für den Schulsport.

Im 35. und 36. Nachtrag sind eine Vielzahl einzelner Informationen enthalten. Sportpolitisch besonders wichtig sind die „Umweltpolitischen Grundsätze des Deutschen Sportbundes“ und die „Grundsätze für die Kooperation zur Förderung des Leistungssports“. Die aktuelle Satzung des NOK, die Sportabzeichenstatistik 1985 und die Resolution „Sportjugendoffensive in die Zukunft“ komplettieren diese Lieferung. Außerdem ist eine ausführliche Abhandlung über die Besteuerung der Sportvereine nützlich.

Die 37. Ergänzungslieferung enthält ausführliches Namens- und Adresmaterial zum IOC, zu den internationalen Sportfachverbänden und den Dachorganisationen, ebenso zu den Untergliederungen des DSB. Weiterhin sind Satzungen verschiedener Sportbünde und ausführliches Adresmaterial einiger Spitzenfachverbände, der Kommunalen Spitzenverbände und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter zusammengefaßt.

Die 38. und 39. Ergänzungslieferungen enthalten u. a. Adresmaterial aus dem DSB und der Sportverwaltung sowie der GEMA.

Wichtig für die Praxis sind die Regelungen für Sonderurlaub in den Bundesländern, die Bestimmungen für Projektförderung im Rahmen des Bundesjünglingsplanes und für Sportbegegnungen mit der DDR.

Vielfältiges statistisches Material, z. B. über Sportlererhebungen, Europapokalergebnisse im Fußball, die offiziellen Welt- und Europarekorde der Leichtathletik, komplettieren die umfangreichen Informationen.

Die Lieferungen 40 und 41 enthalten die ausführlichen Ergebnisse der Olympischen Spiele in Calgary und Seoul, die aktualisierte Satzung sowie die Aufnahmebedingungen des DSB, die überarbeiteten Abnahmebedingungen für das Deutsche Sportabzeichen sowie — neben weiteren Einzelinformationen — die Satzungen der Landessportbünde Niedersachsen und Rheinland-Pfalz und der Stiftung Deutsche Sporthilfe.

Regierungsdirektor Dr. Franz-Josef Kemper

Handbuch der Zivilverteidigung. Zivilschutz — Katastrophenschutz — Zivilverteidigung. Von Rudolf Handwerk, Min.Rat im Hess. Innenministerium, unter Mitarbeit hervorragender Fachkenner. 2. Aufl., Loseblattsammlung, DIN A5, 52. Nachtragsliefg.; Gesamtwerk, 6 Ordn., 189,— DM. Deutscher Fachschriftenverlag, 6200 Wiesbaden. ISBN 3-807-83031-6

Das Handbuch enthält nicht nur eine komplette Sammlung aller einschlägigen Vorschriften von Bund und Ländern, sondern auch diejenigen internationalen Verträge und Abkommen, die jeder Bearbeiter mit Aufgaben auf dem Gebiet der Zivilverteidigung kennen und zur Hand haben sollte. Die Vielzahl der Vorschriften ist übersichtlich in die drei Aufgabengebiete Zivilschutz, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung gegliedert. Für alle auf dem Gebiet der Zivilverteidigung Tätigen ist die Sammlung in den letzten Jahren zum unentbehrlichen Hilfsmittel geworden.

Mit der 52. Nachtragslieferung wurde der bundesrechtliche Teil der Vorschriften auf den Stand vom 1. Februar 1989 gebracht. In den Bundesteil des Handbuchs wurden neu aufgenommen: Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung des BMI und des BMVg vom 10. Januar 1989, Radiologische Grundlagen für Entscheidungen über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung bei unfallbedingten Freisetzen von Radionukliden vom 11. Mai 1988, Erlaß des BMVg vom 28. Dezember 1987 über den Einsatz von Straßeneinstellen der Bundeswehr, Bautechnische Grundsätze für Bergungsräume von Kulturgut i. d. F. vom Januar 1987, Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 17 des Verkehrssicherstellungsgesetzes über die Sicherstellung von Güterbeförderungen auf der Straße vom 22. November 1988 und Gesetz über die Erhebung von Meldungen in der Mineralölwirtschaft vom 20. Dezember 1988.